Ä-K16-689 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: LAG Religion
Beschlussdatum: 10.01.2024

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 82:
Mit einem Aktionsplan „Geschlechtergerechte Gesundheit" wollen wir uns für mehr Aufklärungskampagnen für Patient*innen und Mediziner*innen einsetzten, damit geschlechtsspezifische Unterschiede richtig erkannt und behandelt werden. ~~Für sichere und zugängliche Schwangerschaftsabbrüche weiten wir das Angebot an Beratungs- und Behandlungsstellen in allen Regionen aus und erleichtern den schonenderen medikamentösen Schwangerschaftsabbruch.~~Für eine leicht zugängliche und gut erreichbare Schwangeren- und Schwangerschaftkonfliktberatung weiten wir das Angebot an Beratungsstellen in allen Regionen aus. Beratungssuchende sollen flächendeckend Informationen über Sozialleistungen, Unterstützungen und medizinische Eingriffe erhalten. Wir unterstützen Schwangere aus Polen, die für eine Abtreibung nach Deutschland kommen. Wir wollen flächendeckende Verfügbarkeit der Mammografie zur Brustkrebsfrüherkennung verbessern. Wir wollen kostenlose Menstruationsartikel in Hochschulen und anderen Landeseinrichtungen ermöglichen. An der neu entstehenden medizinischen Fakultät in Brandenburg wollen wir einen Forschungsschwerpunkt auf geschlechtersensible Medizin setzen.

Begründung

Wir sind für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und vertreten die doppelte Anwaltschaft für die selbstbestimmte Mutter und das ungeborene Kind. Da das Thema Schwangerschaftsabbrüche in die eine oder andere Richtung schnell emotional aufgeladen ist, plädieren wir für eine möglichst sachliche Formulierung in unserem Landtagswahlprogramm, die uns in keine Richtung Wähler*innenstimmen kostet:

- Beratungsstellen mit ihrem ganzen Angebot und in ihrer vollen Kompetenz benennen.

- medizinischer Eingriff als das letzte Mittel der Wahl, Formulierung schließt auch andere Formen der Geburtenkontrolle ein wie Sterilisation